

# Reaktionäre Erbschaften und restaurative Sehnsüchte

## Bernard Willms' letztes Aufgebot zur Renationalisierung Deutschlands

---

Panagiotis Koulaxidis

»Gastarbeiter sind keine Bürger«, postulierte Bernard Willms (1931–1991) einmal, denn: »Zum Bürger gehört – seit es republikanisches und demokratisches Denken gibt – die ›Liebe zum Vaterland‹ als eine erste Tugend hinzu.«<sup>1</sup> Auf Grund solcher und ähnlich patriotisch verkleideter, im Kern einschlägig völkischer Lehrsätze stieg der Professor für Politische Theorie an der Ruhr-Universität Bochum in den 1980er Jahren zur intellektuellen Ikone der Neuen Rechten auf, deren Protagonisten ihn eigens zum »führenden philosophischen Kopf der Jahre vor dem 9. November« erklärten.<sup>2</sup>

In seinem 1986 erschienenen politischen Manifest *Identität und Widerstand*, das *Reden aus dem deutschen Elend* zusammenführen wollte und dem obige Bemerkung entstammt, versammelte Willms Thesen und Forderungen, die ihm politisch dringlich schienen. Zugleich erhob er mit dieser Schrift den Anspruch, die Agenda einer gesamtdeutschen Nation darzulegen – namentlich die Wiedervereinigung des deutschen »Volkes« und aller von ihm als Teil »Deutschlands« betrachteter Länder. Erreicht werden sollte das gigantomische Ziel durch die Wiedererweckung eines seit dem Kriegsverlust schlummernden deutschen Volksbewusstseins. Die Ursachen, welche die nationale Selbstachtung und damit eine großdeutsche Verschmelzung bremsen

- 
- 1 Bernard Willms, *Identität und Widerstand. Reden aus dem deutschen Elend*, Tübingen 1986, S. 61.
  - 2 Thor von Waldstein, »Zwischen Hobbes und Hegel. Zum 25. Todestag von Bernard Willms«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 4, 1991, S. 4, wiederveröffentlicht auf *sezession.de*, 27.02.2016, <https://sezession.de/53335/zwischen-hobbes-und-hegel-zum-25-todestag-von-bernard-willms> (letzter Abruf: 25.08.2022). Im Folgenden zitiert nach ebd.

und verhinderten, wollte Willms in einer permanenten Diskriminierung und Entehrung deutscher Identität infolge der Kriegsniederlage erkannt haben. Als Urheber dieses Elendszustands identifizierte Willms nebulöse inner- und außergesellschaftliche Gewalten, die ihm schlicht als »Feinde« Deutschlands galten.

Drei Hauptthesen standen im Mittelpunkt seiner Überlegungen, mit denen er eine nationale Übereinkunft gleich mehrerer Staaten und Regionen zu berechtigen versuchte. Mit der ersten These verkündete Willms, dass sich Deutschland angeblich seit 1945 bzw. seit 1949 fortwährend im Krieg befände, einer Siegerjustiz unterworfen sei und seither unter extraordinärer Diskriminierung leide. Hierüber versuchte er, die Schuld der Deutschen für vergangene Kriegsgreuel zu relativieren, was eine Aufhebung der Teilung Deutschlands historisch rechtfertige. Laut der zweiten These, die sich vornehmlich an die junge Bundesrepublik richtete, mangle es der liberal-demokratischen Staatsform an einem öffentlichen Feind – an einer klaren Unterscheidung zwischen »Deutschen« und »nicht Deutschen« –, weshalb in der breiten Bevölkerung kein Bewusstsein für eine gesamtdeutsche Nation existiere. Die scheinbar politologische Notwendigkeit einer Feindschaftsbeziehung begründe nach Willms eine Verwerfung liberaler Gesellschafts- und Staatsverhältnisse und eröffne den Weg zur nationalen Wiedervereinigung. Gemäß seiner dritten These schließlich könne der einzelne Deutsche nur als Teil einer souveränen gesamtdeutschen Nation wahrhaftige Autonomie erlangen, womit der Vordenker nationaler Einheit diese unter philosophischen Gesichtspunkten zu bekräftigen hoffte.

In Anbetracht dieser Thesen hält dieser Beitrag der trügerischen Vorstellung, dass vor allem Bildungsferne rechtsextreme Weltanschauungen präge, die einstigen Argumente eines einflussreichen nationalistischen Ideologen entgegen, um diese gleichermaßen zu widerlegen.

## Der Aufstieg zum Vordenker

Willms' Thesen und nationalistische Plänkeleien lösten in den 1980er Jahren erhebliche Resonanz bei seinen Lesern und Zuhörern aus. Zugang zu einem breiteren Publikum hatte er sich bis anhin über eine Reihe prominenter Netzwerke erschlossen. Die Laufbahn des aus Mönchengladbach stammenden Philosophen begann mit einer Ausbildung zum Buchhändler, der ab 1957 ein Studium der Fächer Philosophie, Soziologie, Germanistik, Neuere Geschichte und

Öffentliches Recht an den Universitäten Köln und Münster folgte. An letzterer machte er Bekanntschaft mit dem dortigen Philosophieprofessor Joachim Ritter, über dessen philosophische Oberseminare – dem Collegium Philosophicum – Willms in einen intellektuellen und elitären Kreis gelang, an dem auch namhafte Persönlichkeiten des Wissenschaftsbetriebs der alten Bundesrepublik wie Günther Bien, Hermann Lübke, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Odo Marquard, Ernst Tugendhat oder Robert Spaemann sowie weitere Anhänger der »Ritter-Schule« teilhatten.

Auch Carl Schmitt, ehemaliger Preußischer Staatsrat und »Kronjurist des Dritten Reichs«, der bis dato auf Grund seiner NSDAP-Karriere von vielen Seiten geächtet wurde und seine Professur verloren hatte, fand nach einer Einladung Ritters 1957 mit diesem Kollegium – wenn auch zum Teil aus Mitleid – ein aufmerksames Publikum.<sup>3</sup> Willms, dessen studentische Laufbahn sich in jenem Jahr mit dem akademischen Wiedereintritt Schmitts kreuzte, zeigte sich außerordentlich begeistert für dessen Philosophie. In ihr fand er bereits in jungen Jahren das Lob der nationalen Identität, völkische Selbstbehauptung und kollektivistisches Ordnungsdenken formuliert und überdies ein Gegenmodell zur liberal-demokratisch verfassten Bundesrepublik, das auf einer Politisierung von Feindschaftsbeziehungen basiert.<sup>4</sup> Zwei Jahre später hielt Willms im Rahmen des Collegium Philosophicum ein Referat über »Die politische Theorie von Carl Schmitt«, suchte aber neben der fachlichen auch die persönliche Nähe zum ehemaligen Staatsrat.<sup>5</sup> Nach einer gemeinsamen Teilnahme an einem der »Ebracher Ferienseminare« 1964, Schmitts zweitem intellektuellen Auffangbecken, welches sein Doktorand Ernst Forsthoff organisierte, schwärmte der sich selbst noch als »Anfänger« bezeichnende Willms von »der gesammelten Weisheit großer Vorbilder«<sup>6</sup>, wie er in einem Brief an seinen geistigen Ziehvater mitteilte. Im selben Jahr erlangte der Adept mit einer Dissertation zur Staatsphilosophie Johann Gottlieb Fichtes bei seinem Betreuer Joachim Ritter den Dokortitel.<sup>7</sup> Ein Jahr später wurde er Assistent des Soziologen Helmut

3 Vgl. Mark Schweda, *Joachim Ritter und die Ritter-Schule*, Hamburg 2015, S. 54, sowie Dirk van Laak, *Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik*, Berlin 1993, S. 196–200.

4 Vgl. Dirk van Laak, *Gespräche*, S. 101 und S. 191–192.

5 Vgl. ebd., S. 199, FN 89.

6 Zitiert nach ebd., S. 206–207, FN 116.

7 In seiner Promotionsschrift hob der noch staatsmännisch gestimmte Jünger Ritters den Stellenwert eines Nationalstaats zur Vermittlung bürgerlicher Gleichheitsansprüche hervor. Vgl. Bernard Willms, *Die wahre Freiheit. Fichtes Staatsphilosophie als Theorie*

Schelsky, einst Mitglied des Nationalsozialistischen Schüler- und Studentenbundes sowie der SA, der ab 1960 die Sozialforschungsstelle Dortmund leitete. Willms habilitierte mit einer Schrift zu Thomas Hobbes und erhielt 1970 einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.<sup>8</sup>

In den 1970er Jahren publizierte Willms mehrere Monografien jährlich, unter anderem zu philosophischen und politologischen Klassikern, aber auch zur damals vieldiskutierten Kritischen Theorie. Mit teils heftigen Urteilen – die deutschsprachige Politikwissenschaft sei beispielsweise eine »Ideologie der Niederlage«<sup>9</sup> – brach aus dem einst ergebenden Zögling Ritters zunehmend der innere Schmittianer heraus. Ab den 1980er Jahren fanden seine sich ins Nationalistische übersteigende Gedankengänge und Deutschtümeleien, die er 1986 mit der Schrift *Identität und Widerstand* zusammenführte, schließlich in einschlägig erzkonservativen und neofaschistischen Kreisen wohlwollenden Anklang. Im Zuge der Jahrestagung der »Gesellschaft für freie Publizistik« – ein der NPD nahestehender, nach Verfassungsschutz-Einschätzung zudem noch der größte aller rechtsextremen Kulturvereine – hielt Willms 1983 einen Vortrag in Kassel, der später in der einschlägigen Monatszeitschrift *Nation Europa* erschien.<sup>10</sup> Im selben Jahr trug er auch im Rahmen der Tagung

---

*der bürgerlichen Gesellschaft*, Münster 1964. Die Veröffentlichung erfolgte 1967 mit verändertem Titel durch den Westdeutschen Verlag, heute Teil der Springer Fachmedienengruppe. Bernard Willms, *Die totale Freiheit. Fichtes politische Philosophie*, Wiesbaden 1967.

- 8 Willms' Habilitationsschrift diskutierte unter anderem die Möglichkeit einer Rechtfertigung absoluter Staatsmacht jenseits moralischer Kategorien. Vgl. Bernard Willms, *Die Antwort des Leviathan. Thomas Hobbes' politische Theorie*, München 1970. Vgl. auch Klaus-Michael Kodalles Besprechung der Hobbes-Rezeption in der bundesrepublikanischen Frühgeschichte: Klaus-Michael Kodalle, »Carl Schmitt und die neueste Hobbes-Literatur«, in: *Philosophische Rundschau*, Nr. 18, 1972, S. 116–130.
- 9 Vgl. Vorbemerkungen in Bernard Willms, *Einführung in die Staatslehre. Politisch-dialektische Propädeutik*, Paderborn 1979. Zu Willms' Schmitt-Adaption siehe auch Reinhard Mehring, »Vom Umgang mit Carl Schmitt. Zur neueren Literatur«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Nr. 3, 1993, S. 388–407.
- 10 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hg.), *Verfassungsschutzbericht 2006*, Berlin 2007, und Bernard Willms, »Das deutsche Wesen in der Welt von morgen. Überlegungen zur Aufgabe der Nation«, in: *Nation Europa. Monatsschrift im Dienste der europäischen Neuordnung*, November/Dezember 1983, S. 13–14. Nach der Vereinigung mit den *Deutschen Monatsheften* wurde die Zeitschrift in *Nation und Europa* umbenannt. Sie gilt als eine der auflagenstärksten rechtsextremistischen Printmedien. Vgl. Franziska Hunseder, »Ein gefährlicher Vordenker: Bernard Willms«, in: *Vorgänge*, Nr. 91, 1988, S. 11–13.

»Deutsche Identität heute« am Studienzentrum Weikersheim vor, das vom einst Todesurteile verhängenden NS-Marinerichter und ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger gegründet worden war.<sup>11</sup> Willms wirkte zudem bei der Gründung der Partei »Die Republikaner« mit und initiierte gemeinsam mit Hellmut Diwald, Armin Mohler, Hans-Joachim Arndt, Wolfgang Seiffert, Franz Schönhuber und Robert Hepp die neurechte, wenn auch kurzlebige Sammlungsbewegung »Deutschlandrat« in Bad Homburg, die sich eine »Entkriminalisierung« der deutschen Geschichte zur Aufgabe machen wollte.<sup>12</sup> Er referierte vor unterschiedlichen Vertriebenenverbänden und Vereinigungen, unter anderem bei den Burschenschaften »Germania Tübingen« und »Cimbria München« sowie bei der Studentenorganisation der NPD, dem Nationaldemokratischen Hochschul-Bund.<sup>13</sup>

Trotz seiner exponierten Stellung und seines weitgreifenden Einflusses sind verbürgte Erkenntnisse und Forschungsliteratur zu Willms mager. Ungeachtet dessen bietet seine nationalistische Perspektivierung der deutschen Vergangenheit und Wiedervereinigung bemerkenswerte Bezüge zu den gegenwärtigen Thesen und Gedankengängen der Neuen Rechten. Dass die ersehnte Wiedervereinigung Deutschlands Willms' Vorstellungen nicht entsprach und er auch nach dieser für eine radikale ideologische Alternative eintrat, demonstrierte er final dadurch, dass er Anfang 1991 den Suizid wählte.

## Die Sehnsucht nach restaurierter deutscher Identität

Es war weder der Konflikt zwischen den Westmächten und dem Ostblock noch das damit einhergehende atomare Wettrüsten, was Willms in *Identität und Widerstand*, auf die frühe Bundesrepublik zurückblickend und die Gegenwart vor Augen habend, bekümmerte. Ungeachtet der realpolitischen Umstände forderte er die Restauration einer gesamtdeutschen Nation, d.h. die Vereinigung mehrerer nach der Kriegsniederlage entstandener Staaten sowie ehemals deutscher Gebiete. Das wesentliche Hindernis für dieses Ziel

11 Ebd.

12 Vgl. Mark Schweda, *Joachim Ritter und die Ritter-Schule*, S. 74–75, sowie Arno Klönne, »Zurück zur Nation? Risiken der Suche nach deutscher Identität«, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 1, 1986, S. 5–12.

13 Vgl. Franziska Hundseder, »Ein gefährlicher Vordenker«, S. 11–13, und Mark Schweda, *Joachim Ritter und die Ritter-Schule*, S. 74.

wollte der Politikwissenschaftler in der mangelnden Nationalidentität der Deutschen identifiziert haben, deren kontinuierliche Entehrung mit der Aufklärung der NS-Verbrechen noch voranschreite.

Vierzig Jahre nach Kriegsende warf Willms die Frage nach der Kriegsschuld neu auf. Zum Zwecke einer Wiederbelebung deutscher Identität und deren politischer Bereinigung offerierte er eine Neuinterpretation der Ära nach 1945, die durch die anhaltenden Verbrechen der »Feinde« Deutschlands bestimmt worden sei. So streute er die Legende eines Krieges, der noch Mitte der 1980er Jahre von den Alliierten gegen Deutschland geführt würde.<sup>14</sup> »Die Nachkriegszeit« sei demnach »geprägt von der alliierten Politik einer Dauerstabilisierung der Niederlage – moralisch getarnt durch die Betonung einer ›Befreiung vom Faschismus‹ – und von der Teilung Deutschlands.«<sup>15</sup> Willms' *Reden aus dem deutschen Elend* widmeten sich den scheinbaren Martyrien des deutschen »Volkes«, das sich »in der extremen Lage der Fremdbestimmung« befände, an der »Wiederherstellung eines stabilen politischen Selbstbewußtseins« gehindert würde und einen Souveränitätsverlust durch Zersplitterung in die Staaten Bundesrepublik, DDR und Österreich erlitten habe – wobei hinzukäme, dass »Städte wie Königsberg, Danzig oder Breslau, Länder wie die beiden Preußen, Pommern und Schlesien« weiterhin von den Feinden Deutschlands »annektiert« seien.<sup>16</sup>

Die historischen Gründe für das angebliche Joch – die planmäßige industrielle Vernichtung der europäischen Juden, der Vernichtungskrieg in Osteuropa, die Besatzung weiter Teile Nord- und Westeuropas – übergibt Willms, stattdessen bekümmerten ihn einzig die Folgen des militärischen Sieges der Alliierten für die Deutschen. Deren angebliche Unterdrückung hätte jedoch nicht erst 1945 begonnen, vielmehr seien die Deutschen ein seit jeher von globalen Mächten diskriminiertes »Volk«, das sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Kriege verwickelt gesehen habe, »die die ›Welt‹ gegen das Zweite und das Dritte Deutsche Reich geführt« hätte.<sup>17</sup> Demnach habe nicht das Deutsche Kaiserreich den Ersten Weltkrieg in Gang gesetzt – weder im Sinne eines Präventions- noch eines Hegemonialkriegs –, sondern »Europa«, und »das Zweite Reich wurde das Opfer.«<sup>18</sup> Ebenso sei das

14 Vgl. Bernard Willms, *Identität und Widerstand*, S. 39.

15 Ebd., S. 16.

16 Ebd., S. 31, S. 44 und S. 23–24.

17 Ebd., S. 11.

18 Ebd., S. 15.

Friedensabkommen von 1919 vom »moralisierenden Gift des kommenden Weltbürgerkriegs infiziert« gewesen, das die »raumfremde Macht der USA« – stellvertretend für eine liberale Staatenordnung – gestreut habe, was letztlich zur verhängnisvollen Radikalisierung der Deutschen Nation geführt hätte.<sup>19</sup> Das »Dritte Reich« verteidigte er wiederum über einen Vergleich des Versailler Vertrags mit dem deutschen Vernichtungskrieg. Demzufolge hätten die Nationalsozialisten »ebensowenig politisches Augenmaß« bewiesen »wie die Sieger von 1918.«<sup>20</sup> Generell sei, so Willms, in der Geschichte nur der »Kampf gegen einen einzigen Gegner zu erkennen: Deutschland«, was seine Vorstellung einer fortwährenden Diskriminierung der Deutschen über alle Zeiten hinweg verdeutlichen und besiegeln sollte.<sup>21</sup> Im Sinne seiner historischen Neuinterpretation seien also fortwährend Feinde in Deutschland eingefallen, nicht umgekehrt – und die geteilte deutsche Nation die Leidtragende der Barbarei.

Mit dieser Geschichtsumdeutung wollte Willms mit dem vermeintlichen Irrglauben an die deutsche Kriegsschuld aufräumen, dessen Verbreitung er auf von ihm bezeichnete »Chefideologen« der »bundesrepublikanischen Schizophrenie« zurückführte.<sup>22</sup> Was diese verkennen würden, sei, »daß die Anerkennung von Alleinschuld der Deutschen an Krieg und verbrecherischer Politik im Sinne der Definition der Sieger von 1945«, aber nicht im Sinne der Deutschen erarbeitet worden wäre und diese darüber hinaus »die Grundlage aller bundesrepublikanischen Legitimation« bilde.<sup>23</sup> Damit legte Willms den Alliierten zu Last, die deutsche Nation nach Ende des »Dritten Reichs« einer Siegerjustiz, ergo einer willkürlichen Rechtsprechung und Steuerung unterworfen zu haben, die bis in die 1980er Jahre andauere. Unter diese

---

19 Ebd.

20 Ebd., S. 16.

21 Mit diesen Stellungnahmen positionierte sich Willms zur Fischer-Kontroverse, der die deutsche Kriegsschuld für den Ersten Weltkrieg insbesondere in Hinblick auf seine Bedeutung für den Zweiten thematisierte, aber auch zum Historikerstreit, der Mitte der Achtziger bereits in vollen Zügen anlief. Vgl. Steffen Kailitz, »Der ›Historikerstreit‹ und die politische Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland«, *German Studies Review*, Nr. 32 (2), 2009, S. 279–302, und Wolfram Wette, »Seit hundert Jahren umkämpft: Die Kriegsschuldfrage«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 9, 2014, S. 91–101.

22 Ebd., S. 49.

23 Ebd.

Unterdrückungspraxis fielen ihm zufolge die Entnazifizierung sowie die liberal-demokratische Gründung und Weiterentwicklung der Bonner Republik mitsamt Eingliederung in die NATO. Gegen die Aufklärung von »Schuld« in den NS-Prozessen der 1960er Jahre wandte Willms ein, dass diese »keine politische Kategorie« sei, sondern der »Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln« diene, womit er den Jeremiaden ehemaliger Nationalsozialisten uneingeschränkt Tribut zollte.<sup>24</sup> Die Aufklärung von NS-Verbrechen könne demnach nur im politischen Interesse eines böartigen »Feindes« sein und müsse daher augenblicklich revidiert werden. Schließlich rief er entschlossen dazu auf, die Vergangenheitsbewältigung schlechthin zu »boykottieren«, denn diese halte die Deutschen »nur davon ab, frei zu sein und die Frage nach der Zukunft zu stellen.«<sup>25</sup> Wer Schuld predige oder »die Wunde Hitler« bis zum Umfallen offen halte, kämpfe demnach »nicht um, sondern gegen die deutsche Identität.«<sup>26</sup> Willms übersteigerte seine erste Behauptung, durch die er die Alliierten für vergangene Kriegsgeschehnisse schuldig sprach, mit einer zweiten, dass nämlich angebliche Feinde weiterhin einen Krieg gegen Deutschland führten, indem sie die deutsche Identität mutwillig sabotierten. Tiefpunkt dieser Unterdrückung sei mit dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO erfolgt – mit der von außen herangetragenen »Demütigung«, »die Sieger über Deutschland ›Freunde‹ nennen zu müssen.«<sup>27</sup>

Die Thesen und Diagnosen des Vordenkers eines neuen alten Nationalbewusstseins brachten völkischen Größenwahn und Sehnsucht nach Revision der NS-Vergangenheit zu einer Zeit zum Ausdruck, als die Diskussionen um das nationale Selbst- und Geschichtsverständnis in Wissenschaft und Populärmedien ausgesprochen ambivalente Stoßrichtungen einnahmen, obendrein ein geschichtspolitischer Abstieg durch die verlaubliche »geistig-moralische«

---

24 An der Vorstellung einer sich im Krieg befindenden deutschen Nation festhaltend, forderte Willms die Abwicklung eines Friedensvertrags ein, ohne den der angebliche Konflikt mit den Besatzern nicht für beendet erklärt werden könne. In diesem Zuge liebäugelte Willms mit der sich seit den 1970er Jahren mobilisierenden Friedensbewegung, welcher er seine eigenen Vorstellungen von Frieden entgegenhielt, dieser aber zugleich vorwarf, noch zu sehr an humanistischen Prinzipien festzuhalten – als ob »vom Frieden zu reden etwas ›Höheres‹ [sei], als vom Vaterland zu reden«. Bernard Willms, *Identität und Widerstand*, S. 19.

25 Ebd., S. 144.

26 Ebd., S. 98.

27 Ebd., S. 23.



Wende der Regierung Helmut Kohls drohte.<sup>28</sup> Voller Erwartungen stellte Willms ein Ende der Nachkriegszeit in Aussicht und kündigte eine nationalistische Stimmungslage in der Bundesrepublik an, wonach »Neue Stimmen« auf »neue Weise von Deutschland« sprechen würden. Seine Hoffnungen setzte er insbesondere auf die junge Generation, welche ein »neues Verständnis« für den alten Begriff »Vaterland« suche.<sup>29</sup> In ebenjene Furche eines historischen Selbstverständnisses säte der Professor seine eigenen Vorstellungen nationaler Identität. Den in den 1960er und 1970er Jahren vorangeschrittenen juristischen Aufklärungsbemühungen der deutschen Kriegsgräuel und der sich langsam etablierenden Holocaustforschung der 1980er Jahre hielt Willms eine alternative Geschichtsdeutung entgegen, welche die Schuld Deutschlands für den Vernichtungskrieg zu relativieren versuchte, indem sie sich als Gegenerzählung zu einer angeblich bis in seine Gegenwart anhaltenden deutschen Leidensgeschichte präsentierte.

Mit diesem reaktionären Gegenangebot trat er in eine Debatte über die Identität der Bundesrepublik ein, das infolge einer historischen Neubewertung der deutschen Vergangenheit auch neue innergesellschaftliche sowie internationale Diskussionen eröffnete.<sup>30</sup> Nicht nur widersprach Willms mit seinen Thesen dem offenkundigen historischen Befund der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands, sondern auch der Legitimation der Bonner Republik: das Eingeständnis der Kriegsverbrechen und die Selbstverpflichtung zur Abkehr von totalitaristischen und militaristischen Alleingängen.

Willms unterbreitete seinem Publikum eine alternative Perspektive auf die Vergangenheit und beteuerte, eine objektive Deutung der Vor- und Nachkriegsjahre darzulegen, das heißt von jeglichen politischen Interessen

28 Vgl. Dietmar Süß, »Hochkonjunktur für Scheinheilige. Der Skandal um die ›Hitler-Tagebücher‹ und der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den 1980er Jahren«, und Franka Maubach, »Normalisierung und Kritik. Zum ›Geschichtsboom‹ seit den 1980er Jahren«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), *Demokratisierung der Deutschen, Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*, Göttingen 2020, S. 220–237 und S. 238–251.

29 Bernard Willms, *Identität und Widerstand*, S. 18.

30 Als Beispiel für internationale Überlegungen zur deutschen Kriegsschuld sei hier der Philosoph Vladimir Jankélévitch genannt, der der Frage nach einem möglichen Verzeihen deutscher Schuld im französischsprachigen Raum nachging. Vgl. Vladimir Jankélévitch, *Das Verzeihen*, Frankfurt a.M. 2002, sowie Claus Leggewie, »Kein Pardon. Ausländische Reaktionen auf den westdeutschen Historikerstreit und der Beitrag des Philosophen Jankélévitch«, in: *Leviathan*, Nr. 15, 1/1987, S. 187–190.

befreit.<sup>31</sup> Erstaunlicherweise hielt er jedoch mit ebenjener Geschichtsdeutung an einem Narrativ fest, das ursprünglich von ehemaligen Nationalsozialisten nach der Kriegsniederlage entwickelt und vertreten worden war. Bis in die späten 1960er Jahre hinein verstanden sich die meisten Bundesbürger zwar als »unschuldige Zuschauer« des vorangegangenen Vernichtungskriegs – ein Eindruck, der durch die spärlich greifende Entnazifizierungsstrategie der Alliierten bestärkt wurde –, schwiegen zugleich aber über die Gräueltaten, für die letztlich nur ein kleiner Teil der NS-Führerschaft strafrechtlich belangt wurde.<sup>32</sup> Die meisten der unmittelbar am Vernichtungskrieg Beteiligten hielten dies im Zuge der Entnazifizierung vor Justiz und Behörden bedeckt, sahen sich angesichts der anwachsenden Aufklärungsbemühungen seit den 1960er Jahren jedoch erneut von Strafverfolgung bedroht.<sup>33</sup> Das einst fruchtbare Schweigen zum Vergangenen musste durch ein imposantes Reden über das Leiden in der Gegenwart ersetzt werden.

Obgleich solch kreative Reinterpretationen der Geschichte bei vormaligen NS-Verantwortlichen die Frage nach persönlicher Schuld umkreisten, dienten sie Willms vor allem zur Umdeutung befleckter Nationalidentität, schließlich zur philosophischen Rechtfertigung einer großangelegten nationalen Wiedervereinigung Deutschlands. Seinem historischen Befund, der sich auf eine in Kriegstreiberei verkehrte Paranoia berief, unterlagen zwei tückische Fehlschlüsse. Als erstes Hilfsmittel aus der Trickkiste der Sophisterei griff Willms nach dem politischen Strohmann. Zum einen ignorierte er, dass die von den Alliierten zunächst aus sicherheitspolitischen Gründen in Gang gesetzten Entnazifizierungsprozesse nur wenige NS-Verantwortliche vor Gericht brachten und in der Bundesrepublik 1951 offiziell für beendet erklärt wurden – in der DDR bereits 1948. Seiner Apologie, es gebe »keine Möglichkeit, ein Volk als Ganzes für schuldig oder unschuldig zu erklären«, lag die Vorstellung zugrunde, ein gesamtdeutsches »Volk« habe sich dem

31 Bernard Willms, *Identität und Widerstand*, S. 82–83.

32 Vgl. Mary Fulbrook, »Unschuldige Zuschauer« in deutscher Geschichte und Erinnerung«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), *Demokratisierung der Deutschen*, Göttingen 2020, S. 51–64, und Saul Friedländer, »Wohin die Erinnerung führt«, in: ebd., S. 28–38.

33 Zur Entnazifizierung sowie zu den in der Bevölkerung populären Argumentationsweisen und Deutungen der eigenen NS-Vergangenheit in den westlichen Besatzungszonen siehe Hanne Leßau, *Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit*, Göttingen 2020, S. 37–54 und S. 199–267.

Kriegsribunal stellen müssen, nicht nur ein überschaubares Personal aus der NSDAP-Führung, womit er eine Viktimisierung der Deutschen vorantrieb.<sup>34</sup> Zum anderen unterschlug er, dass sich die Entnazifizierung zunächst in einer innergesellschaftlichen Auseinandersetzung ausprägte und eine umfassendere juristische und wissenschaftliche Aufarbeitung erst in den Jahren nach der Besatzung allmählich voranschritt. Sprich: Willms' imaginierter »Feind« hielt zur Verschleierung wirklicher Aufklärungs- und Demokratiedynamiken in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte her. Die böartigen Interessen ominöser »Feinde Deutschlands« ersetzten eine Erklärung für das in den 1970er Jahren aufgebrochene Schweigen über die NS-Vergangenheit und für die Westintegration, die bereits auf mehrere Jahrzehnte datierte. Es waren keine Feinde, sondern die demokratisch legitimierte Regierung Adenauers, die den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO beschloss. Es waren keine Feinde, die nach 1951 die Auschwitz-Prozesse initiierten, sondern Bürger Westdeutschlands wie Fritz Bauer, damaliger hessischer Generalstaatsanwalt, oder der ehemalige Generalsekretär des Internationalen Auschwitzkomitees Hermann Langbein – wenngleich mit geringem Erfolg. Statt dies anzuerkennen, erklärte Willms diejenigen, welche die Vergangenheitsbewältigung maßgeblich in Gang gesetzt hatten, aber auch die, die sich nicht dagegen auflehnten, schamlos für zu »dumm« und zu »bequem«, um zu erkennen, dass ihre Handlungen fremden Mächten zugutekämen.<sup>35</sup>

Willms zweites Sophisma, das die Teilung und Unterwerfung der deutschen Nation als das eigentliche Übel der Nachkriegsgeschichte ausgab, erzielte nicht bloß eine Aufrechnung von Gräueltaten und Sanktionen; es ging ihm nicht nur um eine mögliche Äquivalenz von Verbrechen und Strafe. Mit seinem an den Grenzen zum Verfolgungswahn angesiedelten nationalen Verfallsnarrativ versuchte er schlicht, die faktischen Rollen von Täter und Opfer zu verkehren, das heißt die Schuld für vergangenes und gegenwärtiges Elend nicht nur zu relativieren, sondern den äußeren »Feinden« Deutschlands anzukreiden. Selbst dann, wenn man Willms' Behauptungen wohlwollend nachvollziehen wollen würde, das heißt im Sinne eines Versuchs, Elend mit Elend zu vergleichen und abzuwägen – die Teilung Deutschlands war de facto eine infolge von Kriegsverbrechen auferlegte Sanktion –, zeigt sich, dass seine These lediglich der Rhetorik diene: Die Abwehr moralisch und juristisch gerechtfertigter Schuldzuweisung durch Verweis auf eine Untat des Klägers entbehrt

34 Bernard Willms, *Identität und Widerstand*, S. 143.

35 Ebd., S. 82.

der Klage nicht. Die Gründe für die deutsche Teilung und für die Formulierung »nie wieder« sind schließlich allgemein bekannt.

Willms befand sich in der misslichen Lage, nationale Besinnung und Synkope zugleich einzufordern. Mit diesem eklektizistisch anmutenden Auftakt zum Boykott der NS-Geschichte formulierte er eine alternative und auch etwas verzweifelt anmutende Erklärung, die das fortschreitende Scheitern seines Projekts einer Restauration deutscher Identität dubiosen »Feinden« aufbürdete. Seine Stellungnahmen zur vermeintlichen Unterdrückung der deutschen Identität greifen jedoch weiter.

## Das Leiden unter politischer Sinnlosigkeit

Nebst einer angeblich durch äußere Gewalten erfahrenen Diskriminierung und einer oktroyierten Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit führte Willms den Mangel der Deutschen an nationalem Selbstbewusstsein auf eine interne Misere der Bonner Republik zurück. Auf die erhoffte Nationalrevolution deutend, konfrontierte er sein Publikum mit einer angeblich von den Alliierten errichteten Bedrohung, die scheinbar den Weg zur Wiedervereinigung versperre – die liberale Demokratie.

Demnach sei »Deutschland« von »der Macht der hirnerweichenden Schwundform eines westlichen Liberalismus« bedroht, der den Einzelnen nur noch lehre »zu fordern, zu genießen, sich in der Mittelmäßigkeit einer Massenkultur wohlfühlen« und »deren Gleichheitsvorstellungen alle Freiheit ersticken« würden.<sup>36</sup> Ein freies Leben in Deutschland sowie eine »Erneuerung des Nationalbewußtseins in allen Bereichen« verlange Willms zufolge aber, den »Unterschied zwischen den Deutschen und den Fremden, die in Deutschland leben, nicht unter Vorgabe abstrakt-menschheitlicher Gesichtspunkte« zu verwischen, denn keine Nation trage »irgendeine Verantwortung für die Menschheit, höchstens für die Humanität ihrer eigenen politischen und gesellschaftlichen Praxis – aber auch dies nur vor sich selbst.«<sup>37</sup> Die heraufbeschworene Bedrohung, welche die Bundesrepublik angeblich heimsuche, führte er nicht nur auf die Ermangelung deutschen Selbstbewusstseins, sondern auch auf das Fehlen eines öffentlichen Feindes zurück, der das politische Gegenstück zum befreundeten »Volk« darstelle. »Die deutschen Volksgruppen

36 Bernard Willms, *Identität und Widerstand*, S. 20.

37 Ebd., S. 60.

in Osteuropa«, so der Mahner, hätten den Deutschen »näher zu stehen als die Gruppen von Gastarbeitern in Westdeutschland, für deren Schicksal in erster Linie ihre jeweils eigene Nation verantwortlich« sei.<sup>38</sup> Seine friedliebenden Absichten versuchte Willms damit zu versichern, dass es ihm nicht darum ginge, »ein Feindbild aufzubauen«, wie es die in der DDR Herrschenden offensiv täten, sondern einfach nur »darum zu wissen und zu entscheiden, wer Feind« sei und »wer nicht«; wer wiederum anderer Meinung sei als seiner, erklärte Willms gleichwohl, den strengen Ton anhebend, für »absolut politikunfähig.«<sup>39</sup>

Dahingehend bemängelte er an der Politik und Wortwahl des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, dass dieser »in bezug auf die Gastarbeiter« unterschiedslos von »ausländischen Mitbürgern« spreche, und bezeichnete dies als »Demagogie«.<sup>40</sup> »Die Verschiebung der Entscheidung über Freund und Feind in diesem Sinne in einen allgemeinen Menschheitsbegriff«, demgemäß Genscher Migranten »unsere türkischen Mitbürger« nannte, zeige nur an einem Beispiel, wie notwendig die Politik der Bonner Bundesrepublik »statt eines allgemeinen Menschheits- und Friedensmüslis das harte Brot des strengen politischen Denkens« eines Niccolò Machiavelli, Thomas Hobbes oder Carl Schmitt bräuchte.<sup>41</sup> An Dreistigkeit kaum zu überbieten, erhob Willms noch einen intellektuellen Führeranspruch: »Wer immer« seine Schrift lese und ihr grundsätzlich zustimme, sei nämlich »Freund Deutschlands«.<sup>42</sup>

Seiner politischen Gegenwart attestierte der resignierte Nationalist blanke Sinnlosigkeit.<sup>43</sup> Aus der Tatsache, dass diejenigen, die seiner Meinung nach nicht zu Deutschland gehörten, aber in Deutschland lebten, und diejenigen, die seiner Ansicht nach zu Deutschland gehören müssten, jedoch nicht in Deutschland lebten, schlussfolgerte er die politische Illegitimität der Bonner Republik. Weil diese nur ein Fragment des deutschen Kollektivwillens repräsentiere und vertrete – noch hinzu den Willen von Fremden –, könne sich der westdeutsche Staat »nicht anders als ein Teil Deutschlands auffassen« und

---

38 Ebd., S. 60.

39 Ebd., S. 122.

40 Ebd., S. 60–61.

41 Ebd., S. 122–123.

42 Ebd., S. 65.

43 Vgl. ebd., S. 83.

müsse sich »weiterhin als Provisorium« oder »Entwicklungsland« sehen.<sup>44</sup> Den Gipfel seines revisionistischen Ausflugs erklimm Willms schließlich mit der Aussage, dass die Siegermächte dieses Legitimationsdefizit aufgrund eines fehlenden Friedensvertrags hervorgebracht hätten, nachdem sie »im Mai 1945 die letzte deutsche Regierung gefangengenommen« haben.<sup>45</sup>

Willms wollte einen radikalen Gegenentwurf zu den scheinbar dadaistischen Gesellschaftsverhältnissen der Bonner Demokratie aufbieten, welcher den Sinn einer nationalen Wiedervereinigung begründen sollte und inhaltlich einen *politischen Amoralismus* positionierte – eine Trennung von Politik und Moral.<sup>46</sup> Demnach implizieren politische Eingrenzungen auch moralische Begrenzungen. Das bedeutet, dass sich ein politisches Gemeinwesen nur gegenüber einem partikularen »Volk« zu verantworten habe und umgekehrt. Zwischen national geschlossenen und politisch verfassten Gruppen – zwischen den Freunden und Feinden einer Nation – verlaufe also zugleich die Grenze der Moral, was sie nicht befuge, in die Gesellschaftsverhältnisse der jeweils anderen in irgendeiner Form einzuwirken, geschweige denn an diesen zu partizipieren.

Mit dieser Position dachte Willms einen antikolonialen und antiimperialistischen Frieden an, den er für die deutsche Nation angesichts ihrer vermeintlichen Besatzung durch Fremde und Feinde erhoffte. Über eine Trennung von Politik und Moral erklärte er aber auch, dass es sich bei diesen politischen Feinden um keine moralischen handle. Blickt man in die Tiefe dieses begrifflichen Grabens, erkennt man die Bodenlosigkeit seiner politologischen Thesen. Wenn Willms meinte, er wolle mit einer klaren nationalen Eingrenzung keine Feindpropaganda anzetteln, sondern »nur« im Namen der Eintracht Wissen und Entscheidung über Zugehörigkeit und Ausschluss von Bürgern weitergeben, birgt dieses »nur wissen und entscheiden wollen« bereits die erste Lüge: Er forderte damit keine *metaphorische* Propagierung

44 Ebd., S. 50f.

45 Ebd., S. 39. Willms' Geschichtsdeutungen und Thesen wie diese werden nicht nur in gegenwärtigen rechten intellektuellenmilieus aufgegriffen, sondern finden sich ihrem Gehalt nach auch in rechten aktivistischen Netzwerken und unter sogenannten »Reichsbürgern« wieder. Vgl. Gideon Botsch, *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute*, Darmstadt 2012, sowie Yasemin Désirée Krüger, »Reichsbürger« als eigenständiges soziales Protestphänomen«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Nr. 30, 2017, S. 1–20, sowie Dirk Wilking, »Reichsbürger«. *Ein Handbuch*, dritte Auflage, Potsdam 2017.

46 Bernard Willms, *Identität und Widerstand*, S. 120f.

von »Feindbildern«, wie er zu beruhigen versuchte, dafür aber eine *reale* Segregation von Menschen, was das exakte Gegenteil besänftigender Worte ist – nämlich ein Grund zum Entsetzen. Denn Willms sprach den immigrierten Bevölkerungsgruppen essenzielle Bürgerrechte ab und entzog ihnen damit nichts anderes als die *reale* Berechtigung, politische Ansprüche und Forderungen an ihre Lebensverhältnisse zu richten.

Sein zweiter Trugschluss liegt im Versuch, politische Sinnlosigkeit durch den Entzug der Moral aus der Sphäre des Politischen zu überwinden. Mit der Trennung von vermeintlich privater Moral und öffentlicher Politik unterstrich er, dass politisches Recht in Wirklichkeit die objektive Manifestation subjektiver Moral ist. Mit diesem homöopathischen Heilsversprechen bezweckte Willms sowohl den Entzug moralischer Verantwortung gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen, damit einhergehend deren Ausgrenzung, als auch eine Loslösung Deutschlands aus seiner internationalen Verschränkung – entsprechend der Formel: »Keine Verantwortung dem Anderen«. Damit delegitierte er nicht nur etwaige Ansprüche von »Anderen«, sondern deren politische Handlungsberechtigung als solche, was dem Begriff des Feindes inhärent ist.

Kollektivistische Fantastereien wie diese bestimmen bis heute den Kern rechter Identitätspolitik. Aus nationaler Gruppenzugehörigkeit werden vermeintliche Ansprüche auf konsensuelles Handeln im Namen der Nation erhoben und Forderungen abgeleitet, die auf eine Absonderung »Fremder« aus der gesellschaftlichen Teilhabe hinwirken. Auch außenpolitisch bezwecken solch identitäre Forderungen in der Regel nationalistische Alleingänge, also Entscheidungen, die mit Rekurs auf ein nationales Selbstbestimmungsrecht internationalen Konsens und universale Menschenrechte zu übergehen suchen – um sich damit Handlungswillkür und Narrenfreiheit gegenüber inneren und äußeren »Anderen« zu verschaffen. Damit appellierte Willms für das genaue Gegenteil von politischer Verantwortung, nämlich für einen Freifahrtsschein zur Entrechtung angeblicher Feinde. Umgekehrt wünschte er sich die großdeutsche Wiedervereinigung nicht aus moralischen Gründen – er prangerte beispielsweise die diktatorische Herrschaft im Osten nicht an –, sondern verlangte den Ein- und Zusammenschluss eines deutschen »Volkes« auf Basis erträumter sozialer Eigenheit, weshalb auch die demokratischen Österreicher eingemeindet werden sollten. Ähnliche Alternativmedizin verschrieb schon Hitler seinem »Volk«, als er diesem nationale Heilung durch soziale Reinigung versprach.

Mit seinen Thesen besorgte Willms letztlich das antiliberale Mauerwerk eines Theoriegebäudes, das nach außen Schutz vor einer angeblichen Fremdsteuerung durch Feinde bot und im Inneren eine großdeutsche Wiedervereinigung versprach. Erstmalig gegen einen liberaldemokratischen Staat gewendet, waren ähnliche Gedankengänge von Willms' geistigem Vorbild Carl Schmitt angeführt worden, der bereits die Weimarer Republik als politische Entartungserscheinung aufgefasst und zum Scheitern verdammt hatte.<sup>47</sup> Aus dem Sammelsurium entgleister Hüter des »Volkes« war es ebenjener Schmitt, den Willms als einen zentralen Stichwortgeber für sein nationalrevolutionäres Programm auswählte, habe dieser doch gewusst, dass es liberalen Demokratien an klaren Feindschaftsverhältnissen mangle und Fremde grundsätzlich Feinde seien.<sup>48</sup> Dass Schmitt in seinem völkischen Wahn sowohl gezielt gegen die erste deutsche Demokratie gegeistert und damit das Klima für das kommende »Dritte Reich« aufbereitet, als auch nach 1933 für Kriegsstimmung und antisemitische Hetze gesorgt hatte, verschwieg er. Stattdessen tat er den zeitweiligen Aufruhr um die NS-Karriere seines geistigen Erblässers – dass Schmitt in der Bundesrepublik »immer noch wie eine Ausgeburt des Bösen behandelt« werde – als Irrtum seiner Gegner an, die vom Liberalismus verblendet seien.<sup>49</sup> Darüber, was an Schmitts Ziel »einer endgültigen Beseitigung von Juden aus der juristischen Praxis und Wissenschaft« misszuverstehen sei, verlor Willms ebenfalls kein Wort.<sup>50</sup>

Selbstbeladen mit ideologischen Erbschaften und ausgestattet mit eigenen Versatzstücken präsentierte Willms seiner Leserschaft Problembewusstsein und Lösung zugleich, was eine derart großangelegte nationalistische Agenda in den 1980er Jahren unweigerlich erforderte. Zwar mussten nicht seine Volkskameraden, wohl aber eine scheinbar identitätsirritierte Mehrheit an die Phantasmagorie des Feindes und der Nationalrevolution erinnert werden, um diese im Folgeschritt überhaupt erst aufleben lassen zu können – womit nicht nur »[d]ie Deutschen« gemeint waren, die »in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR« lebten, sondern auch »die in Österreich«.<sup>51</sup> Warum der

47 Vgl. Dirk van Laak, *Gespräche*, S. 174.

48 Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1979, S. 15.

49 Bernard Willms, *Identität und Widerstand*, S. 63.

50 Carl Schmitt, »Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist«, in: ders., *Das Judentum in der Rechtswissenschaft. Ansprachen, Vorträge und Ergebnisse der Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer im NRSB am 3. und 4. Oktober 1936*, Berlin 1936, S. 29–30.

51 Bernard Willms, *Identität und Widerstand*, S. 50.



Mangel an nationalem Selbstbewusstsein und der Weg zur nationalen Einheit für ebenjene Deutsche von existenzieller Bedeutung sei, versuchte Willms mit einem Exkurs in die Philosophie darzulegen.

## Aufruf zu kollektiver Unterordnung

Neben seinen revisionistischen Höhenflügen und politologischen Abgründen stieß Willms in *Identität und Widerstand* einen erstaunlich gleichmütigen Gedankengang an, der die von ihm herbeigesehnte nationale Wiedervereinigung Deutschlands einer philosophischen Prüfung unterzog. Eine befleckte deutsche Identität und eine durch feindliche und fremde Interessen beeinflusste Nation bedeute seiner Meinung nach zugleich, dass jeder Deutsche mit Freiheitsverlust konfrontiert sei. Weil die deutsche Nation geteilt war, so der Politikwissenschaftler, sei der einzelne Deutsche auch in seiner Autonomie beschränkt.

»Mensch aber und frei«, so Willms, sei »der Einzelne nur im Ganzen, im Geben und Nehmen, in Pflicht und in Erkenntnis des Sinnes« – und dieses Ganze bilde die Nation.<sup>52</sup> Wer in der Bundesrepublik »an liebgewordenen individuellen Freiheiten« hänge, müsse entsprechend daran erinnert werden, »daß es auch für den Einzelnen keine wirkliche Freiheit [...] ohne nationale Selbstbestimmung« gebe.<sup>53</sup> Die Souveränität eines nationalen Kollektivs, so seine These, bedinge die freie Selbst- und Sinnerfahrung derjenigen, die Teil der Nation sind. Die Selbstbestimmung des Einzelnen hänge demnach prinzipiell von einer Selbstbestimmung des Ganzen ab; nur im Selbstsein der Nation könne ein einzelner Mensch auch er selbst sein. Wenn umgekehrt die Souveränität der Nation eingeschränkt ist, dann auch die des Einzelnen. Faktisch existiere Willms zufolge seit 1945 keine souveräne deutsche Nation. Denn weil Deutschland infolge seiner Teilung de facto »kein ›Selbst‹, keine politische Einheit mit einem politischen Willen« habe, sei das Leben und Handeln eines jeden deutschen Bürgers der alten Bundesrepublik – egal ob Kapitalelite, Volksparteien wählende Durchschnittsbürger oder von Armut und Gewalt Gefährdete – auch faktisch beschränkt, was seine Grundvoraussetzungen anbelange.<sup>54</sup> Solange demnach eine ursprüngliche deutsche Nationalgemein-

---

52 Ebd., S. 20.

53 Ebd., S. 43.

54 Ebd., S. 41f.

schaft durch die Aufteilung in zwei oder mehr Staaten an ihrer nationalen Souveränität behindert werde, könne der einzelne Deutsche an keinem wirklichen, das heißt politisch verfassten Nationalwillen partizipieren. Folglich, so Willms' Argument, würden alle Deutschen in der Bundesrepublik de facto mit ihren subjektiven Lebensentwürfen stetig scheitern. Um solch eine existenzielle Krise zu überwinden, müsse die deutsche Nation wiedervereinigt sein. Und da Selbstbestimmung und Freiheit intrinsischen Wert haben, rechtfertige dies auch den Wert der Nation und müsse daher *objektiv* betrachtet, wenn auch faktisch subjektiv nicht der Fall, im Interesse eines jeden Deutschen liegen. Dass, historisch betrachtet, ein Bekenntnis zur oder das Interesse an einer deutschen Identität – die sich scheinbar philosophisch eröffnende Einbahnstraße zur Freiheit – in breiter Masse nicht vorlägen, erklärte sich Willms wenig erstaunlich über eine andauernde Unterdrückung des deutschen Selbstbewusstseins durch die angeblichen Feinde Deutschlands.

Zur Begründung seiner These, dass die nationale Selbstbestimmung die Autonomie des Einzelnen bedinge, holte er die Philosophie des Idealismus aus der alten Schatztruhe deutscher Argumentationswunder – Fichte, Schelling, Hegel –, gegenüber denen er anmerkte, dass diese ja Deutsche seien und darum a priori von höherer Bedeutung. Insbesondere mit Bezug auf Hegel versuchte Willms, seine These dadurch zu begründen, dass sich die Freiheit des Menschen generell nur in einem partikularen »Volk«, das heißt in einer geschlossenen Nation verwirklichen lasse. Das Erkenntnisinteresse des Philosophen, das Wirken der Vernunft in Natur und Menschenwelt, bog sich Willms jedoch gemäß eigentümlichen politischen Vorstellungen zurecht. »Wenn die Wirklichkeit des Menschen Freiheit« ist, dann müsse »diese Freiheit verwirklicht werden«. »Verwirklichen« hieße laut Hegel »nicht Ausdenken, sondern konkret, in der Geschichte, in Zeit und Raum, realisieren.« Die Wirklichkeit eröffne sich durch »die Idee«, das heißt im »Miteinander von Bewußtsein, geschichtlicher Prägung und Arbeit an der Verwirklichung« – also in der objektiven Übereinstimmung eines Gegenstands mit sich selbst. »Und da es sich bei der Idee der Freiheit um eine menschliche« handle, sei »ihre Verwirklichung nur gemeinschaftlich und in einem konkreten Volk, das heißt politisch, möglich.« Darum auch sei die Philosophie des objektiven Idealismus grundlegend »politisch« und besage, dass sich menschliche Freiheit »durch bestimmte und für bestimmte Menschen« in einem partikularen »Volk« verwirkliche – sprich: in der Übereinstimmung der Deutschen mit dem deutschen Volkswil-

len.<sup>55</sup> Wenn sich also das Wesen des Menschen nur durch und in der Nation realisiere, dann könne der einzelne Mensch auch nur frei sein, wenn die Nation frei ist.

Bekanntlich hängt der Wahrheitsgehalt einer Konklusion im Falle eines formal gültigen Arguments vom inhaltlichen Wahrheitsgehalt der Prämissen ab. Sieht man von Willms' paranoider Behauptung einer Fremdbestimmung Deutschlands durch Fremdeinflüsse ab – Siegermächte und »Gastarbeiter«, mitsamt hauseigener Bequemlichkeit und Dummheit der Deutschen –, die seine zweite Prämisse als vermeintliche Tatsache hinstellt, setzt sein Schluss, dass sich die bundesrepublikanischen Bürger keiner wahren Freiheit erfreuen könnten, zwei weitere Fehlannahmen voraus. Willms wollte nicht dafür argumentieren, dass die Partizipation an einem Gemeinwesen und die Entwicklung sozialer Bindungen und Rollen die Selbstbestimmung des Einzelnen befördere – diese für die freiheitlich-demokratische Praxis grundlegende Einsicht hätte den nationalrevolutionären Forderungen des Erben Schmitts nicht genügt. Als erstes jubelte Willms seiner Leserschaft einen ethnisch fixierten Nationenbegriff unter, dem die Vorstellung eines die Geschichte übergreifenden und geschlossenen »Volkes« zugrunde lag. Die Identität eines solchen Nationalkollektivs berief sich nicht im Sinne eines Demos auf eine gemeinsam geteilte Verfassung – ein Nationenbegriff, welcher der Bundesrepublik in die Wiege gelegt worden war –, wohl aber gemäß der antiquierten Vorstellung eines Ethnos, das heißt eines »Volkes« auf Grundlage verwandtschaftlicher oder ethnischer Bindungen. Willms setzt also durch die Doppelsinnigkeit des Ausdrucks »Nation« das »Volk« als Ethnos voraus. Auf dieser Bedeutungsverschiebung gründet seine Konklusion, wonach die Deutschen in der Bundesrepublik nicht frei seien, weil ein der politischen Praxis vorangestellter *ethnischer* Volkswille fehle – nicht, weil die Gemeinwesen von Bundesrepublik, DDR und Österreich überhaupt keinen Gemeinwillen, wohl aber nicht den des deutschen Ethnos repräsentierten. Faktisch war die Bevölkerung Deutschlands wenige Jahre nach Kriegsende zumindest im Westen in ein politisches Gemeinwesen eingebunden, wiewohl dieses Willms' ethnischen Kriterien nicht genügte oder unter Berücksichtigung anderer Aspekte ernstzunehmende Defizite aufwies.

Zudem fantasierte sich Willms eine deutsche Masse herbei, die aus behaupteten objektiven Gründen – einer ethnischen Herkunftslinie – an einer großdeutschen Wiedervereinigung interessiert sein *müsse*, womit er einen

55 Ebd., S. 29.

deutschen Volkswillen postulierte und diesen selbst gleichschaltete. Denn damit setzte er die Existenz eines einheitlichen Kollektivwillens voraus, der bereits vor der Einbringung individueller Interessen in das Geflecht sozialer und politischer Beziehungen überindividuelle Präferenzen angeblich objektiv begründe. Herkunftsbedingte Identität aber ist kein Grund, keine Voraussetzung für die Bildung eines Gemeinwillens und sagt nichts über die Interessen und Werte eines Individuums oder einer sozialen Gruppe aus. Der Gemeinwille ist *Resultat*, nicht Vorbedingung des Politischen. Ebendarum ordnete Hegel den Bereich des Politischen dem »objektiven« und nicht dem »absoluten Geist« zu. Die politische Vermittlung subjektiver Interessen ist von den Interessen des Anderen bedingt und nie absolut homogenisierbar, weil, einfach gesagt, nicht alle dasselbe wollen. Die Pluralität individueller Interessen ist die gesellschaftliche Ausgangssituation, aus der heraus erst kollektiver Konsens über soziale Verständigungsprozesse vermittelt wird. Die kollektivistische Loslösung des Volksbegriffs, wie sie Willms vornahm, verkennt jegliche innergesellschaftliche Interessenvielfalt und unterstellt zudem eine Einheitlichkeit von Interessen eines imaginativen Volkswillens.

Wenn sich Willms in diesem als auch in anderen Kontexten darüber mokierte, dass »die Niederlage der Nation« keine »Befreiung« sei oder eine Nationalrevolution von irgendwelchen feindschaftlichen und fremden Interessen gehindert würde, leugnete er immer wieder die faktische Interessenpluralität, die in der bundesrepublikanischen Gesellschaft gegenüber genannter Problemkomplexe vorherrschte.<sup>56</sup> Mit diesem roten Hering wich er aber nicht nur der Tatsache aus, dass die Interessen der bundesdeutschen Bürger selbst in Hinblick auf die Wiedervereinigung sehr unterschiedlich waren, sondern auch dem Fakt, dass Angehörige jener Bevölkerungsgruppen, welche zwischen 1933 und 1945 der Vernichtung bzw. der systematischen Ermordung – Juden, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung – entkommen sowie konsequenter Verfolgung – Oppositionelle, Homosexuelle – ausgesetzt gewesen waren, kein Interesse an einer Renationalisierung ihrer Gesellschaftsverhältnisse hatten, vor allem keiner ethnozentrischen – und, dass sie den Sieg über das Regime tatsächlich als Befreiung empfanden. Willms' selbsterkorene Freunde bildeten faktisch nur eine kleine randständige Gruppe.

Obwohl – zweitens – Willms' philosophische Begründung einer nationalen Wiedervereinigung den Begriff menschlicher Freiheit argumentativ ins Zentrum stellte, verklärte sie diesen in einen Begriff absoluter Heteronomie. Nach

---

56 Bernard Willms, *Identität und Widerstand*, S. 17.

seiner Vorstellung erlange der Mensch erst durch seine Auflösung in ein Kollektiv vollständige Selbstbestimmung – eine These, die eher katholisch und romantisch geprägten Spekulationen über das Wesen menschlicher Freiheit entsprach als der Hegels. Die Freiheit des Einzelnen leitete er aus der Freiheit des Kollektivs ab, weil er voraussetzte, dass die Identität des Einzelnen auf nichts anderes als auf seine Zugehörigkeit zu einer Nation verweise – zwischen personaler und kollektiver Identität machte er keinen Unterschied. Folgt man dem Gedankengang, erlange der Einzelmensch erst über seine Einbettung in eine Nationalgemeinschaft eine vollständige Einheit. Hierdurch verkehrte er einen aufgeklärten Begriff von Individualität ins Gegenteil: Er degradierte den Einzelmenschen aufs Dividuum und stellte das Kollektiv als das eigentliche Individuum hin.

Über diese begrifflichen Verschiebungen verlagerte er auch den Begriff der Authentizität als solchen aufs Kollektiv. Ausgehend von der Annahme, dass das »Mit-sich-Selbst-Übereinstimmen« und das »Mit-dem-Kollektiv-Übereinstimmen« in besonderer Weise metaphysisch verschränkt seien, konnte er die Wirklichkeit von Freiheit nicht als Erfahrung menschlicher Subjekte, sondern als Eigenschaft einer Nation beschreiben. Das habe, so seine Konklusion, für die politische Praxis zur Folge, dass sich der Einzelne dem Gemeinwillen seiner Nation beugen müsse, noch bevor er politisch aktiv werde – ein Schluss, der das genaue Gegenteil autonomer Lebensführung bedeutet: nämlich Fremdbestimmung.

Allem voran aber begründete Willms über diesen Weg nicht das, was er wollte, nämlich die Wiedervereinigung. Indem er die Freiheit des Einzelnen aus der Freiheit des Kollektivs ableitete, setzte er eine Rechtfertigung für die Wiedervereinigung der deutschen Nation voraus, statt für diese zu argumentieren, was schlichtweg eine *petitio principii* ist. Damit verschob er die Frage nach einer Begründung von Freiheit auf die Nation – wenn also die Selbstbestimmung der Nation Grund für die Autonomie des Einzelnen ist, worin gründet dann die Freiheit der Nation? Willms' ethnistische Ausschweifungen geben hierüber Auskunft: Ihm zufolge setze ein Nationalwesen die Existenz des deutschen Volkes schlichtweg voraus. Damit jedoch vermittelte der Politikwissenschaftler keine philosophische Einsicht, sondern formulierte einen Aufruf an sein Publikum, es möge sich mit seinem ganzen Denken und Handeln der Nation hingeben – nicht unähnlich der Aufforderung des NS-Regimes 1933,

die Deutschen sollten sich »mit ihrem ganzen Denken und Handeln dem Nationalsozialismus«<sup>57</sup> verschreiben.

## Gefährliche Erbschaften

Bernard Willms gehörte zu den Sammlern und Lieferanten völkischer Ideologieartefakte, der die rechtsintellektuelle Begriffs- und Theoriebildung vor 1990 maßgeblich prägte und künftigen nationalistischen Milieus als Passage reichte. *Identität und Widerstand* baute eine Brücke zwischen den Verfechtern der Konservativen Revolution und den Vertretern der Neuen Rechten – Intellektuellenmilieus, die seit jeher und Willms ähnelnd mit imposanten Lehrsätzen Furcht vor dem eigenen Identitätsverlust einzuflößen vermochten. Der in den 1980er Jahren verfassten Schrift, die besonders eindrücklich und rhetorisch gefeilt für ein Ende der deutschen Teilung plädierte, kommt zwar angesichts der tatsächlich eingetroffenen Wiedervereinigung nur eine geminderte Bedeutung zu, weist jedoch Argumentationsmuster und Gedankenfiguren auf, die für das Verständnis von und für eine Kritik an völkischer Ideologie von elementarer Bedeutung sind, die bis heute Popularität erfahren. Das Relativieren der deutschen Kriegsverbrechen, das Leugnen der deutschen Kriegsschuld, das Heraufbeschwören eines bestehenden Kriegszustands in Deutschland, das Bestreiten der politischen Legitimität der Bundesrepublik, das Erheben nationaler Identität auf die Ebene des Sakralen sowie das Herabsetzen von »Feinden« in die Sphäre des Bösen: solcherlei Ansichten und Szenarien werden bis heute von NPD-Kreisen, von selbst ernannten »Reichsbürgern« und von anderen repliziert.

Umso gefährlicher mutet es an, dass derartige Gedanken von einem staatlich angestellten Politikwissenschaftler in Umlauf gebracht werden konnten. Mit dem Ausgang der Wiedervereinigung, auf die er philosophisch hingearbeitet hatte und die auch den Wegfall politischer Forderungen seitens der Alliierten besiegelte, war Bernard Willms jedoch nicht zufrieden. Kurz bevor der Zwei-plus-Vier-Vertrag in Kraft trat, nahm sich der neurechte Hochschullehrer im Februar 1991 das Leben.

---

57 Vgl. Hanne Leßau, *Entnazifizierungsgeschichten*, S. 252.

## Literatur

- Botsch, Gideon, *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute*, Darmstadt 2012.
- Bundesministerium des Innern (Hg.), *Verfassungsschutzbericht 2006*, Berlin 2007.
- Friedländer, Saul, »Wohin die Erinnerung führt«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), *Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*, Göttingen 2020, S. 28–38.
- Fulbrook, Mary, »Unschuldige Zuschauer« in deutscher Geschichte und Erinnerung«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), *Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*, Göttingen 2020, S. 51–64.
- Hundseder, Franziska, »Ein gefährlicher Vordenker: Bernard Willms«, in: *Vorgänge*, Nr. 91, 1988, S. 11–13.
- Jankélévitch, Vladimir, *Das Verzeihen*, Frankfurt a.M. 2002.
- Kailitz, Steffen, »Der ›Historikerstreit‹ und die politische Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland«, in: *German Studies Review*, Nr. 32 (2), 2009, S. 279–302.
- Klönne, Arno, »Zurück zur Nation? Risiken der Suche nach deutscher Identität«, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 1986, Nr. 1, S. 5–12.
- Kodalle, Klaus-Michael, »Carl Schmitt und die neueste Hobbes-Literatur«, in: *Philosophische Rundschau*, Nr. 18, 1972, S. 116–130.
- Krüger, Yasemin Désirée, »›Reichsbürger‹ als eigenständiges soziales Protestphänomen«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Nr. 30, 2017, S. 1–20.
- Laak, Dirk van, *Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik*, Berlin 1993.
- Leggewie, Claus, »Kein Pardon. Ausländische Reaktionen auf den westdeutschen Historikerstreit und der Beitrag des Philosophen Jankélévitch«, in: *Leviathan*, Nr. 15 (1), 1987, S. 187–190.
- Leßau, Hanne, *Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit*, Göttingen 2020, S. 37–54.
- Maubach, Franka, »Normalisierung und Kritik. Zum ›Geschichtsboom‹ seit den 1980er Jahren«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), *Demokratisie-*

- nung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts, Göttingen 2020, S. 238–251.
- Mehring, Reinhard, »Vom Umgang mit Carl Schmitt. Zur neueren Literatur«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Nr. 3, 1993, S. 388–407.
- Schmitt, Carl, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1979.
- Schmitt, Carl, »Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist«, in: ders., *Das Judentum in der Rechtswissenschaft. Ansprachen, Vorträge und Ergebnisse der Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer im NRSB am 3. und 4. Oktober 1936*, Berlin 1936.
- Schweda, Mark, *Joachim Ritter und die Ritter-Schule*, Hamburg 2015.
- Süss, Dietmar, »Hochkonjunktur für Scheinheilige. Der Skandal um die ›Hitler-Tagebücher‹ und der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den 1980er Jahren«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), *Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*, Göttingen 2020, S. 220–237.
- Waldstein, Thor von, »Zwischen Hobbes und Hegel – Zum 25. Todestag von Bernard Willms«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 4, April 1991, S. 4, wiederveröffentlicht auf *sezession.de*, 27.02.2016, <https://sezession.de/53335/zwischen-hobbes-und-hegel-zum-25-todestag-von-bernard-willms> (letzter Abruf: 25.08.2022)
- Wette, Wolfram, »Seit hundert Jahren umkämpft: Die Kriegsschuldfrage«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 9, 2014, S. 91–101.
- Wilking, Dirk, »Reichsbürger«. *Ein Handbuch*, dritte Auflage, Potsdam 2017.
- Willms, Bernard, *Die Antwort des Leviathan. Thomas Hobbes' politische Theorie*, München 1970.
- Willms, Bernard, *Die wahre Freiheit. Fichtes Staatsphilosophie als Theorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Münster 1964; später: ders., *Die totale Freiheit. Fichtes politische Philosophie*, Wiesbaden 1967.
- Willms, Bernard, *Einführung in die Staatslehre. Politisch-dialektische Propädeutik*, Paderborn 1979.
- Willms, Bernard, *Identität und Widerstand. Reden aus dem deutschen Elend*, Tübingen 1986.